

# Streit um Kiesabbau spitzt sich zu

Ein Rechtsgutachten beschreibt schwere Fehler in der Regionalplanung. Städte drohen mit Klage

**Matthias Korfmann**

**Düsseldorf.** Sieben vom Kiesabbau betroffene Kommunen am Niederrhein erhöhen mit einem Rechtsgutachten den Druck auf die Landesregierung und den Regionalverband Ruhr (RVR). Für den Fall, dass das Land seine Pläne zum Kiesabbau nicht korrigieren sollte, drohen die Kommunen mit einer Klage vor dem Oberverwaltungsgericht. „Dann stünde womöglich der gesamte Regionalplan Ruhr im Feuer“, warnte der Landrat des Kreises Wesel, Ingo Brohl (CDU), am Freitag im Landtag.

Das Rechtsgutachten, in dem der Regionalplanung in Bezug auf den Kiesabbau schwere Fehler vorgeworfen werden, hat der Jurist Prof. Martin Beckmann im Auftrag des Kreises Wesel sowie der Kommunen Hamminkeln, Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn, Rheinberg, Alpen und Hünxe geschrieben. Er nennt mehrere Gründe für die an-

gebliche „Untauglichkeit“ der Pläne zum Kiesabbau. „Das Interesse, Kies abzubauen, genießt hier Vorrang vor gegenläufigen Interessen“, sagte Beckmann. Heute schon seien „große Teile der niederrheinischen Kulturlandschaft unwiderruflich zerstört“, erklärte Christoph Landscheidt (SPD), Bürgermeister von Kamp-Lintfort und Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW. Der Regionalplan Ruhr, der kurz vor der Genehmigung steht, würde in den nächsten zwei Jahrzehnten „die Ausbeutung und Zerstörung von weiteren 932 Hektar unberührter Flächen ermöglichen“, so Landscheidt.

Das Gutachten kritisiert zudem, wie der künftige Kies-Bedarf vom RVR berechnet wurde. Der Verband habe schlicht die Jahres-Förderung in der Vergangenheit mit 20 multipliziert, um den Bedarf für 20 Jahre vorherzusagen. So einfach dürfe man es sich nicht machen, findet Rechtsexperte Beckmann. Die



Das Gutachten ist eine schallende Ohrfeige für den RVR und das NRW-Wirtschaftsministerium.

**Christoph Landscheidt**, Bürgermeister von Kamp-Lintfort und Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW

bisherigen Flächen reichten noch für weitere 17 Jahre Kies-Förderung. In dieser Zeit könne man noch über Recycling und andere Technologien nachdenken, argumentiert Christoph Landscheidt. Schließlich, so das Gutachten, be-

ruhe der Regionalplan auf einer „unzureichenden“ Umwelt- und Klimafolgenprüfung beim Kiesabbau. „Das Gutachten ist eine schallende Ohrfeige für den RVR und das NRW-Wirtschaftsministerium“, so Landscheidt.

Landrat Brohl vergleicht den Protest gegen den Kiesabbau mit den aktuellen Bauernprotesten. Die Förderung von Sand und Kies gefährde die bäuerliche Kulturlandschaft am Niederrhein. Die Sand- und Kiesindustrie dringt auf neue Abbau-Flächen, weil die Nachfrage nach Wohnungsbau und -sanierung sowie nach Straßen- und Brückenbau zunehme.

Der RVR erinnerte am Freitag daran, dass das Ruhrparlament den Regionalplan nach sorgfältiger Abwägung am 10. November 2023 mit großer Mehrheit beschlossen habe. Der Regionalplan tritt absehbar am 6. Februar in Kraft, danach könnten die niederrheinischen Kommunen Klage einreichen.